Niederschrift

über die Sitzung des Gemeinderates der Marktgemeinde Steinfeld am

Dienstag, den 03. Oktober 2017
im Sitzungssaal des Amtshauses in Steinfeld.

Beginn der Sitzung: 20,00 Uhr.

Anwesend: Bürgermeister Ewald Tschabitscher als Vorsitzender;
die Gemeindevorstandsmitglieder:
Vizebürgermeister Josef Lorchter,
Vizebürgermeister Walter Widemair,
Helmut Flan, Armin Rauter;
die Gemeinderatsmitglieder:
Georg Stocker, Elisabeth Oberlojer, Christian Zanin,
DI (FH) Andreas Wieser, DI Bernd Elwischger, Josef Lindner,
DI Bernd Keuschning, Daniel Brunner, Matthias Pirker,
Betina Strobl, Bernd Lindner, Waltraud Granitzer;
die Gemeinderatsersatzmitglieder:
Andreas Flitschberger, Josef Lugger;
Amtsleiter Erhard Huber als Schriftführer.

Abwesend: Die Gemeinderatsmitglieder Katja Regittig und Reinhard Maier
sind der Sitzung entschuldigt ferngeblieben.

Die Sitzung wurde ordnungsgemäß nach den Bestimmungen des § 35 Abs. 1 und 2 der Allgemeinen
einberufen mit folgender

Tagesordnung

1. Bericht des Ausschusses für die Kontrolle der Geburten über die Sitzung am 26.9.2017
2. Projekt Sanierung Volksschule Steinfeld, Werkvertrag mit Planer DI Guggenberger
3. Asphaltierung in Hinterradlach
   a) Festlegung Projektumfang und Finanzierungsplan
   b) Vergabe der Arbeiten
4. KBO-Projekt „Öffentliche Beleuchtung“, Projektbeschluss und Finanzierungsplan
5. Bedarfszuweisungen 2017, Beschluss über Verwendung der restlichen EZ-Mittel
   für Asphaltierung Hinterradlach und KBO-Projekt „Öffentliche Beleuchtung“
6. Mittelfristiger Finanzplan 2017 bis 2021
7. Kegel-Areal, Ergänzungsevereinbarung zum Kaufvertrag
8. Hochwasserschutz Gewerbegebiet
    a) Dienstbarkeitsvertrag mit Gerhard Fleischhacker (Zufahrtsbereich)
    b) Vereinbarung mit Gerhard Fleischhacker (Grundablöse)
    c) Vereinbarung mit Manuela Pucher (Grundablöse)
    d) Beschluss über Vermessungsurkunde DI Dr. Abwerzer GZ: 1027/16 v. 31.8.2017
9. Bestellung von weiteren Totenbeschauärzten gemäß Kärntner Bestattungsgesetz
10. Schulische Tagesbetreuung in der Volksschule Steinfeld durch Verein Familija, Tarifordnung
    für das Schuljahr 2017/18
11. Berichte und Aussprachen

Die Zustellung der Sitzungseinladungen erfolgte per E-Mail.

Verlauf der Sitzung:

Der Bürgermeister begrüßt die Anwesenden, stellt die Beschlussfähigkeit fest und eröffnet die Sitzung.

Zu Unterfertigern der Niederschrift werden die Gemeinderatsmitglieder

DI Bernd Keuschnig und Matthias Pirker

einstimmig bestellt.

Fragestunde: Es sind keine Anfragen eingegangen.

Der Bürgermeister berichtet, dass je ein schriftlicher Antrag der ÖVP- und der SPÖ-Fraktion eingegangen ist. Diese Anträge werden vor dem Tagesordnungspunkt Berichte und Aussprachen zur Verlesung gebracht.

Der Bürgermeister beantragt die Absetzung des Tagesordnungspunktes 2 (Werkvertrag mit Planer DI
    Bernd Guggenberger) da dieser Punkt noch nicht beschlussreif ist. Es hat erst heute am Nachmittag
    eine klare Aussprache hinsichtlich der Gestaltung des Werkvertrages zur Planung der Sanierung
    der Volksschule Steinfeld mit dem Architekten, Herrn DI Fercher (Hochbauamt Land) und Ing.
    Messner vom Baudienst der VG stattgefunden. Das Ergebnis der Aussprache wird noch in den
    Vertragstext eingearbeitet. Der Vertrag soll bei der nächsten GR-Sitzung behandelt werden.
    Dabei könnte auch schon der Vorentwurf präsentiert werden.
    Der Gemeinderat stimmt dem Antrag zur Absetzung des Tagesordnungspunktes 2 einstimmig zu.

1. Bericht des Ausschusses für die Kontrolle der Gebarung über die Sitzung am
   28.9.2017

Der Obmann des Ausschusses für die Kontrolle der Gebarung berichtet über die Sitzung am
Es hat eine Kassaprüfung mit Belegprüfung gegeben.
Der buchungsmäßige Kassenbestand betrug € 2.815.833,76 und ergab Übereinstimmung mit dem
geldmäßigen Bestand.
Nach stichprobenartiger Prüfung der Belege wurde die Kassenführung für in Ordnung befunden.
Der Bericht wird vom Gemeinderat ohne Diskussion zur Kenntnis genommen.
2. Projekt Sanierung Volksschule Steinfeld, Werkvertrag mit Planer DI Guggenberger
Von Tagesordnung abgesetzt.

3. Asphaltierung in Hinterradlach
a) Festlegung Projektumfang und Finanzierungsplan

In Hinterradlach ist der Wegabschnitt vom Haus Glanzer, Radlach 4, bis zum Beginn der Hofzufahrt Ranner (Höhe Sperre der WLV) neu zu asphaltieren. Für dieses Bauvorhaben vom Baudienst: Preisauskünfte von vier Firmen eingeholt, diese brachten folgende Ergebnisse: (inkl. MWSt.)

Ausführung: Asphaltabtrag, Graderung mit Zusatzmaterial und 8 cm starke bituminöse Tragdeckschichte.

1. Strabag AG, 9800 Spittal € 64.457,89
2. Swietelsky BaugesmbH, Rothenthurn € 66.404,44
3. Porr Bau GmbH, 9800 Spittal € 82.682,78
4. Felbermayr Bau GmbH, 9800 Spittal € 85.232,81

Variante:
Ausführung: vorhandene Asphaltfläche reinigen, vorsprühen, Asphaltarmierungsgewebe aufbringen und eine bituminöse Tragdeckschichte profilgerecht ca. 6 cm einbauen.

1. Strabag AG, 9800 Spittal € 70.041,19
2. Swietelsky BaugesmbH, Rothenthurn € 73.453,18
3. Porr Bau GmbH, 9800 Spittal € 85.288,26
4. Felbermayr Bau GmbH, 9800 Spittal € 86.317,33

Die Firma Swietelsky hat ein Alternativangebot gelegt.

Es soll die bestehende Schicht ca. 15 cm durchgefräst werden, anschließend abgradern und eine bituminöse Tragdeckschicht nach Tonnen eingebaut.
Die Alternativangebotssumme beträgt: € 63.395,26 inkl. MWSt.

Diese Ergebnisse sind dem Gemeindevorstand vorgelegen.

Bis zur heutigen GR-Sitzung wurden noch Bietergespräche mit den Firmen Strabag AG und Swietelsky geführt.
Dabei wurden auch Preise angeboten, welche bei einer Ausführung im Frühjahr 2018 zum Tragen kommen würden.
Nach Rücksprache mit dem Baudienst kann bei einer Frästiefe von mind. 25 cm auch die Alternativvariante herangezogen werden.

Angebotspreise der Firmen bei Alternativvariante mit Durchfräsen bis 25 cm Tiefe für Frühjahr 2018:

Fa. Strabag (nach Berücksichtigung von 2 % Nachlass und 3% Skonto 14Tg.) € 61.273,67

Fa. Swietelsky (nach Berücksichtig. von 5% Nachlass und 2% Skonto ab geprüfter Rechnung) € 59.020,99

Diskussion:
Der Bürgermeister entkräftet die Bedenken hinsichtlich der Fräsvariante.
GR Stocker meint, dass man das Oberflächenwasser eher über die Neigung der Fahrbahn lösen sollte und nicht mit der Einlegung von Latten.
Auf Vorschlag des Bürgermeisters beschließt der Gemeinderat einstimmig die Umsetzung des Projektes der Asphaltierung in Hinterradlach (vom Haus Glanzer bis Höhe WLV-Sperre) im Frühjahr 2018 mittels der Alternativvariante mit dem Durchschnitt bis 26 cm Tiefe und beschließt gleichzeitig nachstehend angeführten Finanzierungsplan:

**A) INVESTITIONSAUFWAND**

<table>
<thead>
<tr>
<th>Namentliche Bezeichnung</th>
<th>Gesamtbetrag</th>
<th>Teilbeträge gemäß Bauvolumen im Jahr</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td></td>
<td></td>
<td>2017</td>
</tr>
<tr>
<td>in Euro Beträgen</td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Wegasphalt. Hinterradlach</td>
<td>64.500</td>
<td>0</td>
</tr>
<tr>
<td>Gesamtkosten</td>
<td>64.500</td>
<td>0</td>
</tr>
</tbody>
</table>

**B) FINANZIERUNGSPLAN**

<table>
<thead>
<tr>
<th>Namentliche Bezeichnung</th>
<th>Gesamtbetrag</th>
<th>Teilbeträge gemäß Finanzierung im Jahr</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td></td>
<td></td>
<td>2017</td>
</tr>
<tr>
<td>in Euro Beträgen</td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Bedarfszuweisungen 2017</td>
<td>23.250</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Landeszuschüsse/-beiträge</td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Sonderbedarfszuweisung 2017</td>
<td>26.250</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Zuschüsse (Beiträge) Dritter WLV</td>
<td>15.000</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Gesamtsummen</td>
<td>64.500</td>
<td>64.500</td>
</tr>
</tbody>
</table>

b) Vergabe der Arbeiten


4. KBO-Projekt „Öffentliche Beleuchtung“, Projektbeschluss und Finanzierungsplan

Das Projekt umfaßt folgende Teilbereiche und wird vom Bürgermeister erläutert:
Bahnhof, Gehweg Bahnhof, Bahnhofstraße, 10. Oktoberstraße, Dolomitenstraße, Hauptplatz,
Singerhofstraße, Kirchweg, J.F. Ehrfeldstraße, Flattachviertel, Gewerbegebiet.

Für das KBO-Projekt (Kommunale Bauoffensive des Landes) wurde ein Fordrungsantrag eingereicht.
Mittlerweile ist eine schriftliche Zusage (vom 31.7.2017) für Fördermittel in der Höhe von 50% der
forderfähigen Projektkosten, maximal jedoch € 54.600,— eingelangt, und zwar in Form von
Die Schätzkosten gemäß Antrag betragen € 109.200.
Der tatsächliche Bedarf muss bis spätestens 31.12.2018 nachgewiesen werden.

GR Oberlojer bringt vor, dass man sich auch über eine Beleuchtung für die Verbindung zu den
Ortschaften Radlach und Geramoos Gedanken machen sollte.
GR DI Keuschnig, weist darauf hin, dass beim Fußweg zwischen Schule und Jongg-Kurve etwas zu
machen wäre.
Der Bürgermeister erklärt, dass in diesem Bereich auch Bäume zu entfernen sind, diese Sache soll bis
Frühjahr geklärt werden.

Auf Grund der Förderung und der BZ-Mittel kann das gesamte Projekt Beleuchtung realisiert werden.
Die Durchführung ist für das Frühjahr 2018 geplant.
Das Projekt soll auch noch mit dem Thema LED-Leuchten abgestimmt werden.
Die Auftragsvergabe soll erst im Frühjahr erfolgen, jedoch die Finanzierung heute beschlossen
werden.
GV Rauter weist darauf hin, dass Herr Hebenstreit in Radlach günstige Leuchten abzugeben hätte
und dadurch Einsparungen möglich wären.
Der Bürgermeister erklärt, dass diese teilweise bereits eingebaut wurden, auch diese Möglichkeit soll
noch in die Vorbereitung einfließen.

Finanzierungsplan

Die Finanzierung erfolgt laut Finanzierungsplan über 2 Jahre in Höhe von € 109.200
folgendermaßen:

<table>
<thead>
<tr>
<th>Namentliche Bezeichnung</th>
<th>Gesamtbetrag</th>
<th>Teilbeträge gemäß Bauvolumen im Jahr</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td></td>
<td></td>
<td>2017</td>
</tr>
<tr>
<td>Öffentliche Beleuchtung</td>
<td>109.200</td>
<td>-</td>
</tr>
<tr>
<td>Gesamtkosten</td>
<td>109.200</td>
<td>-</td>
</tr>
</tbody>
</table>

B) FINANZIERUNGSPLAN

<table>
<thead>
<tr>
<th>Namentliche Bezeichnung</th>
<th>Gesamtbetrag</th>
<th>Teilbeträge gemäß Finanzierung im Jahr</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td></td>
<td></td>
<td>2017</td>
</tr>
<tr>
<td></td>
<td></td>
<td>in €uro Beträgen</td>
</tr>
<tr>
<td>Bedarfszuweisungen 2017</td>
<td>39.150</td>
<td>39.150</td>
</tr>
<tr>
<td>Bedarfszuweisungen 2018</td>
<td>15.450</td>
<td>15.450</td>
</tr>
<tr>
<td>Landeszuschüsse/-beiträge</td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Sonderbedarfszuweisung KBO</td>
<td>54.600</td>
<td>64.600</td>
</tr>
</tbody>
</table>
Zuschüsse (Beiträge) Dritter

<table>
<thead>
<tr>
<th>Inneres Darlehen</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>-</td>
</tr>
</tbody>
</table>

<table>
<thead>
<tr>
<th>Gesamtsummen</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>109.200</td>
</tr>
<tr>
<td>93.750</td>
</tr>
<tr>
<td>15.450</td>
</tr>
</tbody>
</table>


Der Bürgermeister berichtet zur Information, dass für das Haushaltsjahr 2018 Bedarfszuweisungen in Gesamthöhe von € 600.000 bereits zugesichert wurden. Die geplanten Projekte können damit gut abgesichert werden.


Hinsichtlich der restlichen Bedarfszuweisungen 2017 wird, wie bereits durch die Beschlüsse in den vorangegangenen Tagesordnungspunkten „Asphaltierung in Hinterradlach“ und „KBO-Projekt Öffentliche Beleuchtung“ festgelegt, einstimmig beschlossen, diese wie folgt zu verwenden:

<table>
<thead>
<tr>
<th>Aktivität</th>
<th>Betrag (€)</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>Asphaltierung in Hinterradlach</td>
<td>23.250,--</td>
</tr>
<tr>
<td>Öffentliche Beleuchtung</td>
<td>39.150,--</td>
</tr>
<tr>
<td>Gesamt</td>
<td>62.400,--</td>
</tr>
</tbody>
</table>

6. Mittelfristiger Finanzplan 2017 bis 2021

Der Amtsleiter erklärt, dass zusätzlich zum Finanzplan auch der mittelfristige Investitionsplan zu beschließen ist, welcher die außerordentlichen Vorhaben umfasst. Dieser wurde heuer noch nicht beschlossen, da die Finanzierung der Projekte Straßenasphaltierung und Öffentliche Beleuchtung noch nicht fixiert werden konnte. Auf Grund der nunmehr vorliegenden Finanzierungszusagen kann nun der nachstehend angeführte mittelfristige Investitionsplan beschlossen werden.

Der Gemeinderat beschließt einstimmig den vorliegenden mittelfristigen Investitionsplan 2017-2021 für außerordentliche Vorhaben gemäß Anlage 1 dieser Niederschrift.

7. Kelag-Areal, Ergänzungsvereinbarung zum Kaufvertrag


Als neuer Zahlungstermin für den gesamten Kaufpreis wurde der 15.01.2018 fixiert.

Für diese Verschiebung ist der Abschluss einer Ergänzungsvereinbarung durch den Gemeinderat erforderlich. Darin ist u.a. enthalten, dass die Kelag und die Marktgemeinde Steinfeld übereingekommen sind, den Kaufpreis (€ 382.000) bis 15.01.2018 zu stunden und wird die Marktgemeinde Steinfeld für diesen Stundungszeitraum Zinsen in Höhe von 1% p.a. bezahlen.

Der Gemeinderat beschließt einstimmig, diese Ergänzungsvereinbarung über die Stundung der Zahlung des Kaufpreises für das Ketal-Areal abzuschließen (siehe Anlage 2 der Niederschrift).

8. Hochwasserschutz Gewerbegebiet

Der Amtleiter erläutert die zu fassenden Beschlüsse betreffend den Hochwasserschutz im Gewerbegebiet.

Im Gewerbegebiet Steinfeld wurde ein Hochwasserschutz errichtet. Hinsichtlich der Regelung der Grundmisspruchnahme (Entschädigungen für Grundablösen) und Servitüreinräumung (für die Zufahrt zur Pumpe) sind mit den betroffenen Grundbesitzern ein Dienstbarkeitsvertrag (Fleischhacker G.), zwei Vereinbarungen (Fleischhacker, Pucher) und eine Vermessungsurkunde für die grundbürcherliche Durchführung vom Gemeinderat zu beschließen.


a) Dienstbarkeitsvertrag mit Herrn Gerhard Fleischhacker (Zufahrt)


b) Vereinbarung mit Herrn Gerhard Fleischhacker (Grundablöse)

Die Vereinbarung betrifft die Regelung der Grundablöse im Rahmen der geplanten Hochwasserschutzmaßnahmen.

Betr.: Parz. Nr. 743/5 KG Steinfeld

Baumaßnahmen: Hochwasserschutzdamm mit Drainageleitungen und Pumpenschacht.

Entschädigungsbeträge auf Grundlage eines Gutachtens eines gerichtlich beideten Sachverständigen. Betrag € 25,-- pro m², bei einem Ausmaß von 590 m² lt. Vermess. urkunde x € 25,-- = € 14.750,--.

c) Vereinbarung mit Manuela Pucher (Grundablöse)

Die Vereinbarung betrifft die Regelung der Grundablöse im Rahmen der geplanten Hochwasserschutzmaßnahmen.

Betr.: Parz. Nr. 743/4 KG Steinfeld

Baumaßnahmen: Hochwasserschutzdamm mit Drainageleitungen.

Entschädigungsbeträge auf Grund eines Gutachtens eines gerichtlich beideten Sachverständigen. Betrag € 25,-- pro m², bei einem Ausmaß von 246 m² lt. Vermess. urkunde x € 25,-- = € 6.150,--.
d) Beschluss über Vermessungsurkunde DI Dr. Abwerzer, GZ: 10271/16 vom 31.08.2017

Zur grundbücherlichen Durchführung der Grundabtretungen für den Hochwasserschutzbau im Gewerbegebiet wurde von DI Dr. Günther Abwerzer die Vermessungsurkunde GZ: 10271/16 vom 31.08.2017 erstellt.

Der Gemeinderat beschließt einstimmig, a) den Dienstbarkeitsvertrag mit Herrn Gerhard Fleischhacker, b) die Vereinbarung über die Grundabläufe mit Herrn Gerhard Fleischhacker, c) die Vereinbarung über die Grundabläufe mit Frau Manuela Pucher sowie d) die Vermessungsurkunde von DI Dr. Günther Abwerzer GZ: 10271/16 gemäß den Anlagen 3-6 der Niederschrift.

Es wird insbesondere festgehalten, dass diese grundbücherlichen Maßnahmen gemäß der zitierten Vermessungsurkunde für die Regelung der Grundverhältnisse beim Hochwasserschutzbau im Gewerbegebiet notwendig sind. Die Notwendigkeit des Projektes ist auf Grund der Gefahrenzonen der WLV und Drah gefahrenzonen zu deren Minimierung notwendig.

9. Bestellung von weiteren Totenbeschauärzten gemäß Kärntner Bestattungsgesetz


Frau Dr. Verena Käfinger wurde vom Gemeinderat bereits bestellt, es sind jedoch auch die Stellvertreter – Ärzte aus den Nachbargemeinden, welche Totenbeschau vornehmen – vom Gemeinderat als solche zu bestellen.

Nach Rückfrage bei den einzelnen Ärzten haben diese ihr Einverständnis gegeben.

Folgende Ärzte sollen als Totenbeschauärzte bestellt werden:

Dr. Karin Philippitsch, Greifenburg
Dr. Mario Thonhauser, Greifenburg
Dr. Alfred Müller, Weißensee
Dr. Heinz Moser, Kleblach-Lind

Der Gemeinderat beschließt einstimmig, die angeführten Ärzte gemäß Kärntner Bestattungsgesetz als Totenbeschauer für den Gemeindebereich Steinfeld zu bestellen.

10. Schulfliche Tagesbetreuung in der Volksschule Steinfeld durch Verein Familija, Tarifordnung für das Schuljahr 2017/18

Für die Einhebung der Eltembeiträge und der Beiträge für das Essen für die Schulfliche Tagesbetreuung an der Volksschule Steinfeld für das Schuljahr 2017/18 ist die Erlassung nachstehender Verordnung erforderlich.

VERORDNUNG

des Gemeinderates der Marktgemeinde Steinfeld vom 03. Oktober 2017, Zl.: 210-0/17,
mit welcher die Tarifordnung für die schulfliche Tagesbetreuung festgelegt wird.

§ 1
Öffnungszeiten

1. Die schulische Tagesbetreuung ist an Schultagen von 11.00 Uhr bis 17.00 Uhr geöffnet.
2. Die Kinder sind verpflichtet, an den gemeldeten Betreuungstagen bis 17.00 Uhr anwesend zu sein. Ausnahmen sind in begründeten Einzelfällen mit der Betreuungseinrichtung abzuklären.

§ 2
An-/Abmeldung

3. 

§ 3
Berechnung des Kostenbeitrages

1. Der Kostenbeitrag ist höchstens kostendeckend zu berechnen.

§ 4
Elternbeitrag

1. Eltern haben einen monatlichen Kostenbeitrag (Elternbeitrag) für die Dauer des Betreuungsjahres für ihr Kind zu leisten. Das Betreuungsjahr dauert vom jeweiligen Beginn des Schuljahres bis zum Ende des jeweiligen Schuljahres gemäß § 74 K-SchG.
2. Der monatliche Kostenbeitrag für die schulische Tagesbetreuung wird festgesetzt mit

   a) Betreuung an 1 Tag   € 12,--
   b) Betreuung an 2 Tagen € 24,--
   c) Betreuung an 3 Tagen € 36,--
   d) Betreuung an 4 Tagen € 48,--
   e) Betreuung an 5 Tagen € 60,--

3. Alle Beträge berechnen sich inklusive Umsatzsteuer.

§ 5
Sonstige Beiträge

1. Essensbeitrag/ Verpflegung:
   Die Höhe des Essensbeitrages beträgt 3 Euro pro Portion.

§ 6
Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt mit Ablauf des Tages der Kundmachung in Kraft.

Marktgemeinde Steinfeld, am 03. Oktober 2017

Der Bürgermeister:
Ewald Tschabitscher
Der Bürgermeister berichtet, dass der Essenstransport in diesem Schuljahr von der Fa. Krenn durchgeführt wird. Die Kosten betragen pro Tag € 20,--, das wären ca. € 1,-- pro Essen.
Für das Essen selbst werden € 3,-- pro Portion verrechnet.
Der Bürgermeister meint, dass man sich überlegen soll, ob die Kosten für das Essen von der Gemeinde übernommen werden.
GV Rauter ist auch der Meinung, dass dies die Gemeinde übernehmen soll.
Die übrigen Tarife für die Elternbeiträge wurden wie im Vorjahr angesetzt.

Der Gemeinderat beschließt einstimmig die obenstehende Verordnung über die Tarife für die Schulische Tagesbetreuung in der Volksschule Steinfeld für das Schulljahr 2017/18, wobei eine Verrechnung für den Essenstransport nicht enthalten ist.

Vor Eingang in den Tagesordnungspunkt „Berichte und Aussprachen“ verliest der Bürgermeister die eingangs der Sitzung eingebrachten schriftlichen Anträge:

Antrag der ÖVP-Steinfeld

Antrag:

Die ÖVP Steinfeld stellt den Antrag zur Einführung einer Bestäubungsprämie für Bienenhalter, um die flächendeckende Bienenhaltung zu unterstützen und zu erhalten.
In der Gemeinde Steinfeld sind ca. 20 Bienenhalter gemeldet. Die Völkerzahl ist von 2 bis 40 Völker pro Bienenhalter.
Die Bestäubungsprämie soll für Bienenhalter sein, die die Bienen ordnungsgemäß melden und halten.
Die Herausforderung für die Bienenhalter wird durch die Anzahl an Schädlingen und Umweltbedingungen immer schwieriger. (Varroamilbe, Viren, Faulbrut, Umweltgifte)
Angedacht ist es, für die ersten 5 Völker € 10,-- und weiteren 5 Völker € 5,-- pro Jahr und Bienenhalter auszuzahlen.
Die ÖVP Steinfeld ersucht den Gemeinderat um positive Unterstützung des Antrages.

Die Gemeinderäte
Stocker Georg, Lindner Josef.

Dieser Antrag der ÖVP-Steinfeld wird vom Bürgermeister dem Gemeindevorstand zur Behandlung zugewiesen.

Antrag der SPÖ-Steinfeld Gemeinderatsfraktion

Antrag: Errichtung eines Foto- und Filmarchives der Marktgemeinde Steinfeld

- Volltext siehe Anlage 7 der Niederschrift

Dieser Antrag der SPÖ-Steinfeld wird vom Bürgermeister dem Gemeindevorstand zur Behandlung zugewiesen.

11. Berichte und Aussprachen

a) Der Bürgermeister berichtet, dass bei der Radlacher Draubrücke Schäden festgestellt wurden, und zwar gibt es unter den Fahrbahnholzbrettern (Verschleißbelag) morsche Quarzhölzer.

Am kommenden Freitag, 6.10.2017, wird es einen Ortsaugenschein geben.

Eine Gewichtsbeschränkung ist vom Statiker festzulegen.

Der Bürgermeister erklärt dazu, dass der Zeitfaktor wichtig ist, um dringende Sachen weiterzubringen. Dies ist bei einer Behandlung direkt durch den GV rascher möglich.
Bei anderen Sachen hätte er kein Problem damit.

DI Keuschnig meint, dass ein Ausschuss mit Ideen an den Gemeinderat herantreten sollte.
Ein Ausschuss soll nicht nur Themen für den Gemeinderat abarbeiten.

Vizebgm Widemair:
Das Projekt „Audit“ ist gut, es gibt beim Team verschiedene Köpfe und Ideen, auch das Kulturtagekomitee funktioniert gut. Der Ausschuss sollte sich auch um Sport und Jugend kümmern. Das Projekt „Audit“ steht vor der Urkundenverleihung. (in Wiener Neustadt)
Der Bürgermeister führt dazu aus, dass man die Ehrung auch in den jeweiligen Bundesländern der Gemeinden hätte organisieren können.
Vizebgm Widemair und Frau Granitzer werden daran teilnehmen.

Das Programm der Kulturtage entsteht aus den Ideen von Vereinen.

Wo ein Wille da ein Weg; seit der Auflösung des Vereines „Sonnenblume“ ist ein Loch entstanden. Im sozialen Bereich trifft die Gemeinde eine Verpflichtung.

c) Auf Anfrage von Herrn Vizebgm Widemair hinsichtlich der Reparatur der östlichen Grabachmauer erklärt der Bürgermeister, dass hiefür wohl die Gemeinde zuständig sein wird und nicht darum herumkommen wird, nachdem die Straßenverwaltung kein Geld dafür hat und sich auch nicht für zuständig hält. Außerdem ist die Straßenverwaltung auch beim Mähen an den Straßenrändern nicht mehr so ordentlich wie früher.
Der Bürgermeister erklärt, dass die Bürgermeister diesbezüglich bereits eine Resolution weitergeleitet haben.

d) GR Waltraud Granitzer fragt bezüglich der Umsetzung der Kindergartenöffnungszeiten nach. Es wurde eine Umfrage durchgeführt.
Der Bürgermeister schließt aus dem Ergebnis (2/3 haben keinen Bedarf an Ausweitung) keinen Bedarf an einer Erweiterung der Öffnungszeiten.

e) Vizebgm Widemair berichtet über die Antwort der Gemeindeabteilung zu seiner Aufsichtsbeschwerde gegen den Bürgermeister.
Die Stellungnahme hinsichtlich der nicht gewährten Auskunftserteilung von Daten bei der Finanzverwaltung, wofür es eine Weisung gegeben hat, nimmt er zur Kenntnis.

Im zweiten Fall geht es um die Kompetenzzuschreibung in der Sache Rene Zweibrot und Feuerwehr betreffend die Verrechnung eines technischen Einsatzes und Beauftragung eines Rechtsanwaltes.

In der Stellungnahme der Gemeindeabteilung (Frau Dr. Matschnigg) auf Grund der Aufsichtsbeschwerde von Vizebgm Widemair, wird der Bürgermeister dringend ersucht, hinkünftig vor der Beauftragung eines Rechtsanwaltes einen diesbezüglichen Beschluss des Gemeinderates herbeizuführen.
Der Bürgermeister erklärt dazu, dass es in letzter Zeit davor eine Gesetzesänderung (AGO) gegeben hat, die eine Beauftragung durch den Gemeinderat vorsieht, wenn es sich nicht um laufende Verwaltung handelt. Künftig wird dies vom Gemeinderat behandelt werden.
Weiters führt der Bürgermeister aus, dass, wer weiß, wieviel Arbeit es in der Gemeinde gibt, der weiß auch, dass Fehler passieren können.
Zurückkehrend zum Thema Ausschüsse:  
Dieses Thema soll mit den Fraktionsführern beraten werden.

Vizebgm Lerchster meint, dass die Bearbeitung von Themen und Projekten auch in Projektgruppen funktioniert.

Ende der Sitzung:  
21 Uhr 30

Der Bürgermeister:  
Ewald Tschabitscher

Der Schriftführer:  
Erhard Huber, AL

Die Gemeinderatsmitglieder:  
DI Bernd Keuschnig
Matthias Pirker